

4. Frage

Was werden Sie unternehmen, um das Pariser Klimaabkommen und das **1,5-Grad-Ziel** einzuhalten? Beispiele: Stromversorgung 100% erneuerbar bis 2030, emissionsfreie Innenstädte...

Antworten:

(Die zur Wahl stehenden Kandidatinnen und Kandidaten sind nach der Reihenfolge des Eingangs ihrer Antworten genannt)

CDU Breisgau Wahlkreis 48 **Dr. Patrick Rapp:**

„Es gibt einen Strauß an Maßnahmen, um die Einhaltung bzw. das Erreichen des 1,5°C-Ziels zu unterstützen. Das Ziel der CDU und mein Ziel ist es, durch den Einsatz neuer Technologien und nicht durch die Ablehnung dieser Möglichkeiten die 1,5° Grenze einzuhalten. Gleichzeitig sind aber auch andere Ziele wichtig, unsere Lebensstandards dabei zu erhalten. Gestatten Sie mir zur Verdeutlichung dieses Gedankengangs ein eingängiges Beispiel dazu: eine enorme Energieeinsparung könnten wir z.B. durch ein landesweites Abschalten der Straßenbeleuchtung ab 21 Uhr bis 5 Uhr in den Morgenstunden erreichen. Allerdings würde dies an anderer Stelle enorme Probleme mit Blick auf die öffentliche Sicherheit, die Einbruchskriminalität gehen. Daher gilt es Lösungen zu finden, die geeignet sind, dass mehrere Ziele gleichzeitig erreicht werden können. Für mich ist daher der konsequente Ausbau der Photovoltaik ein bedeutender Weg, der aber eine differenzierte Vorgehensweise erfordert, jedoch ein schnelles Vorankommen ermöglichen würde. Aus diesem Grund bin ich für die Kopplung der Ziele: z.B. Überdachung von Supermarkt- und anderen Parkplätzen mit Photovoltaikanlagen (die Flächen darunter sind ohnehin versiegelt, d.h. es gibt keine zusätzlichen negativen Auswirkungen für ein städtisches Mikroklima. Ähnliches gilt für manche landwirtschaftlichen Produktionsflächen, die durch Photovoltaikanlagen überdacht werden können. Der Vorteil dabei ist, es ist a) eine landwirtschaftliche Produktion weiterhin möglich, b) die Pflanzen sind mechanisch geschützt (z.B. Hagel) und c) es wird regenerative Energie erzeugt.

Auch bin ich für eine differenzierte Vorgehensweise mit Blick auf den Einsatz von e-Mobilität: Der Austausch großer Fahrzeugbestände gegen e-Fahrzeuge bedingt eine enorme Ressourcenverschwendung sowohl bei der Vernichtung der bisherigen Fahrzeugflotten als auch bei der Herstellung von e-Fahrzeugen - finanzielle Ressourcen aber vor allem auch Umweltressourcen. Da es die Möglichkeit zur Nutzung und Herstellung synthetischer Kraftstoffe, die aus regenerativer Energie erzeugt werden können, setze ich mich hierfür ein. Der differenzierte Einsatz unterschiedlicher Antriebsarten für die jeweiligen Verkehrssektoren spart enorm Energie und verhindert CO₂ Ausstoß. Wasserstoff z.B. ist sinnvoll einsetzbar z.B. im Luft-, im Schiffs- und im Schwerlastverkehr - auf alle drei Elemente können und wollen wir nicht verzichten. Im Individualverkehr, gerade in ländlichen Gebieten eignet sich der Einsatz synthetischer Kraftstoffe. Im Bereich des Cityverkehrs und der planbaren Logistik halte ich die e-Mobilität für absolut das Mittel der Wahl.

Mit Blick auf die CO₂ Speicherung haben wir mit einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung aus mehreren Gründen gute Möglichkeiten positiv für unsere Klima zu arbeiten. Zum einen ersetzt der Einsatz von Holz als Baustoff viele ressourcenverbrauchende andere Baustoffe. Zum anderen speichert verarbeitetes Holz das gebundene CO₂ über sehr lange Zeiträume (siehe z.B. Dachstuhl des Freiburger Münsters). Überdies spart die Verwendung von regionalem Holz den CO₂ Verbrauch, der sonst durch lange Transportstrecken entstehen würde. Hier werden wir als Gesellschaft offene Diskussionen führen müssen. Gleiches gilt im Übrigen für den Einsatz von regionalen und saisonalen Lebensmitteln - ökologisch, konventionell oder naturnah produziert.

Ein weiterer Bereich ist die Windkraft. Hier macht uns Bayern vor, wie die unterschiedlichen Ansprüche aus der Gesellschaft (Angst vor „Verspargelung“, Naturschutzgründe, Notwendigkeit des Ausbaus etc.) über Kompromisslösungen berücksichtigt werden können. Durch genossenschaftliche Ansätze und die Ausweisung von Windparks konnte der Windkraftausbau in Bayern effizienter vorgebracht werden als in Baden-Württemberg. Gleiches gilt auch für den Ausbau der Photovoltaik entlang von Straßen - auch hier zeigt uns Bayern, dass es andere Wege gibt. Sicherlich kann ich Ihnen auf diesem Weg nur einen Teil der Möglichkeiten darstellen. Grundsätzlich gibt es viele Wege, wie wir das Ziel erreichen können. Auch spielt hier die Digitalisierung eine zusätzliche Rolle - z.B. Smart Grid und Smart Meeting, Dachbegrünungen, Nahversorgungsplanung, ÖPNV-Ausbau etc. Nach meiner Kenntnis, steht bei den meisten Parteien die Einhaltung des 1,5°C-Ziels nicht in Frage - es gibt jedoch unterschiedliche Wege und Rahmenbedingungen für die Zielerreichung. Uns ist es wichtig, sowohl die ökonomischen wie auch die ökologischen Ziele gemeinsam durch eine ausgewogene und ganzheitliche Politik zu erreichen.“

FREIE WÄHLER Freiburg I Wahlkreis 46 und Freiburg II Wahlkreis 47

Prof. Dr. Johannes Gröger:

„Als möglicher Mandatsträger in Stuttgart werde ich mich vor allem dafür einsetzen, dass den Unternehmen in Baden-Württemberg klare politische Vorgaben, verbunden mit steuerlichen Anreizen gemacht werden. Klimaschutz kann in erster Linie und vor allem effektiv durch innovative technische Lösungen erreicht werden. Damit einher muss natürlich auch eine Veränderung des Verhaltens der Menschen in diesem Land erfolgen. Dies jedoch nicht durch Verbote, sondern durch Anreize. Die Umstellung des ÖPNV auf eine Beitragsfinanzierung fordern die Freien Wähler Freiburg seit mehr als 10 Jahren. Ein entsprechendes Gesetz kann nur im Landtag in Stuttgart verabschiedet werden. Die Förderung, aber auch klare Zielvorgaben z.B. zu dem Thema Wasserstoff und Elektromobilität sind längst überfällig. Hierfür werde ich mich genauso einsetzen, wie für eine regionale Lebensmittelversorgung und die Schaffung regionaler Versorgungsketten, auch für die Industrieproduktion. „

Die Basis Freiburg I Wahlkreis 46 **Wolfgang Daubenberger:**

(Antwort 1, gilt für alle 4 Fragen)

WIR 2020 Breisgau Wahlkreis 48 **Ulrich Gläser:**

„In einer Zeit, in der der Stromverbrauch steigt, brauchen wir beides: Nachhaltige Stromerzeugung und auch -Einsparung.

Dass unter Peter Altmaier sowohl in der Solarbranche als auch bei der Windenergie jeweils mehr Arbeitsplätze verlorengegangen sind als die Kohlewirtschaft insgesamt anbietet, ist vor dem Hintergrund des Pariser Klimaabkommens ein Skandal. Es wird in der Solarindustrie schwieriger werden als bei den Herstellern von Windkraftanlagen, aber wir müssen alles daransetzen, verspielte Arbeitsplätze in diesen technologischen Schlüsselbereichen zurückzugewinnen.“

AfD Freiburg II Wahlkreis 47 **Karl Schwarz:**

„Förderung der Kernenergie und Ausbau unserer Atomkraftwerke. Kreta Thunberg hatte sich im März 2019 geäußert, Atomenergie könne „ein kleiner Teil einer sehr großen neuen kohlenstofffreien Energielösung“ sein.“

AfD Emmendingen Wahlkreis 49 **Andreas Marowski:**

„Der genaue Text des Artikels 20a des deutsche Grundgesetzes lautet:

„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“

Um genau dieser Aufgabe gerecht zu werden gilt es, globale Zusammenhänge ideologiefrei zu betrachten und Veränderungen immer auf der Grundlage des großen Ganzen sowie echter wissenschaftlicher Kenntnisse anzugehen. Betrachtet man beispielsweise die ideologisch vorangetriebene Umstellung auf die als alternativlos gepriesene E-Mobilität in der kompletten Wertschöpfungskette, kommt man nicht umhin festzustellen, dass diese keineswegs so umweltfreundlich und nachhaltig ist, wie uns gern vorgemacht wird – man betrachte nur einmal die Herkunft der Rohstoffe sowie die Entsorgungsproblematik nebst zugehörigem Energieaufwand - und zudem jeglicher naturwissenschaftlichen Grundlagen zuwiderläuft. Es gibt schlicht schon rein physikalisch nicht die Möglichkeit, den Energiebedarf Deutschlands rein aus sogenannten erneuerbaren Energien wie Wind- oder Solarenergie zu speisen – zumal diese eben auch nicht grundlastfähig sind. Darüber hinaus zeigen physikalische Gesetzmäßigkeiten dem Traum von der E-Mobilität schlichtweg Grenzen auf, beispielsweise wenn Elektrobusse einfach liegen bleiben, weil Minusgrade im Winter die Batterieleistung so stark beeinträchtigen, dass die Reichweite auf ein Minimum zurückgeht. Weitere alternative Energiequellen oder Antriebstechniken werden entweder gar nicht oder nur am Rande in Betracht gezogen, beispielsweise synthetische Kraftstoffe. Völlig negiert wird auch der Umstand, dass moderne Dieselfahrzeuge heutzutage sogar zur Luftreinigung beitragen. Hinzu kommt, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) die größte unsoziale Umverteilung von unten nach oben der Nachkriegsgeschichte darstellt, belasten doch die im europaweiten Vergleich höchsten Stromkosten in Deutschland vor allem die unteren und mittleren Einkommensgruppen. Auch DAS muss in der „Verantwortung für zukünftige Generationen“ Berücksichtigung finden. Will man für künftige Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere schützen, muss man sich des Weiteren zum einen darüber klar werden, dass der Anteil Deutschlands an den jährlichen globalen CO₂-Emissionen so gering ist, dass dieser faktisch keinen Einfluss auf das weltweite Emissionsgeschehen hat, auf der anderen Seite aber immense Anstrengungen ohne nennenswerten Effekt auf Umwelt oder Klima betrieben werden, deren Kosten sinnvoller in die Entwicklung von Anpassungsmöglichkeiten für Mensch und Natur an das sich verändernde Klima investiert wären. Bäume stellen neben Boden und Ozeane die wichtigsten CO₂-Speicher dar. Welchen Sinn macht es dann, für Wind-

industrieanlagen hektarweise Waldflächen dauerhaft zu roden? Ein Punkt, der gerade in Baden-Württemberg mehr und mehr auch die Lebensqualität der Bevölkerung beeinträchtigt. Man muss sich darüber hinaus auch klar werden, dass CO2 keineswegs das böse Gas ist, welches das Leben auf der ganzen Erde bedroht, sondern ein vielmehr für das Leben auf der ganzen Erde unabdingbarer Bestandteil, denn ohne CO2 keine Photosynthese, ohne Photosynthese kein Pflanzenwachstum, ohne Pflanzenwachstum keine Nahrungsgrundlage für Mensch und Tier. Eine CO2-freie Energiequelle, welche zudem auch noch grundlastfähig ist, stellt die Kernenergie dar, welche jedoch in Deutschland aus ideologischen Gründen abgelehnt wird, ohne sich wirklich mit den Möglichkeiten moderner Kernenergieanlagen befasst zu haben. Sogenannte Flüssigsalz-Reaktoren beispielsweise böten nicht nur die Möglichkeit der emissionsfreien Energieerzeugung bei geringstem Havarie Risiko, sie wären darüber hinaus in der Lage, abgebrannte Brennstäbe, sprich Atommüll aus alten Anlagen größtenteils zu verwerten – was wiederum zukünftigen Generationen zugutekäme, welchen wir diesen Atommüll zwangsläufig hinterlassen. Auch hier wird Deutschland seiner Verantwortung für zukünftige Generationen nicht gerecht. Durch den überhasteten Atomausstieg hat sich Deutschland nicht nur der Möglichkeit beraubt, eine bezahlbare Energieversorgung für die Zukunft zu sichern und weiterzuentwickeln, sondern verliert darüber hinaus auch seine Fachkompetenz in Sachen Strahlenforschung. Denn wo die Kernenergie nicht mehr gewünscht ist, verschwinden die entsprechenden Studiengänge an den Universitäten, werden keine Ausbildungen in diesen Fachrichtungen mehr angeboten, wandern auch Unternehmen mit der betreffenden Fachkompetenz in andere Länder ab. Dies hat nicht nur Auswirkungen auf die Energieversorgung, sondern auch auf andere Bereiche, wie z.B. die medizinische Versorgung, wo zu befürchten ist, dass Dienstleistungen wie die Strahlentherapie bei Krebs und deren Weiterentwicklung in Zukunft teuer aus dem Ausland eingekauft werden müssen, weil im eigenen Land die Fachkompetenz abhandengekommen ist. Sie sehen, dies alles sind Punkte, die in der aktuellen politischen Ausrichtung in die falsche Richtung laufen. Wir von der AfD wollen das unsoziale EEG abschaffen, den weiteren Ausbau von Windindustrieanlagen und die damit einhergehende Umweltzerstörung stoppen, sowie die Forschung und Entwicklung für alternative Energiequellen wie z. B. synthetische Kraftstoffe oder Kernenergie der vierten Generation fördern, damit auch in Zukunft für alle Menschen in diesem Land sowohl die individuelle Mobilität, eine saubere Umwelt als auch bezahlbare Energiepreise gewährleistet sind. Maßnahmen zur Anpassung an sich langfristig verändernde klimatische Bedingungen sind ebenfalls zu fördern, denn der Klimawandel mit Warm- und Kaltzeiten ist seit Beginn der Erdgeschichte ein Kontinuum, mit welche sowohl Mensch als auch Tier klar kommen müssen. - Die Umwelt und zukünftige Generationen werden es uns danken.“

ÖDP Freiburg I Wahlkreis 46 Peter Uhrmeister:

„Für Fußgänger und Fahrradverkehr eigene und gleichrangige Wege einplanen, Bau von Fahrradschnellwegen priorisieren, Ausweitung von Flächen zur regenerativen Energiegewinnung, verpflichtende Nutzung der Photovoltaik oder Solarthermie bei Neubauten und Dachsanierungen, Unterstützung durch geförderte Darlehen vom Land, Ausstieg der EnBW aus der Kohleverstromung, Intensivierung der Wasserstoffwirtschaft mit Nutzung der Brennstoffzellentechnik, unterschiedlichen Verkehrsverbünde zu einem landesweiten Verkehrsverbund zusammenfassen, ÖPNV-Angebot auch auf dem Land ausweiten. Im ÖPNV muss es massive Preissenkungen geben, Massengütertransporte vorrangig über Bahn oder Schiff, Erhalt ungenutzter Bahnflächen und zeitnahe Wiederinbetriebnahme stillgelegter Strecken.“

Die PARTEI Emmendingen Wahlkreis 49 Andreas Heidinger:

„Stromversorgung 100% erneuerbar bis 2030, emissionsfreie Innenstädte... Als zukünftiger Teil des Gesetzgebers nach GG Art. 20a sind Sie dazu verpflichtet, „...auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen ...“ zu schützen. An den Grünen Heuchlern verzweifeln, Daimler enteignen. Autolobbyisten nach Afrika abschieben. Lokal produzieren, lokal konsumieren. „

SPD Breisgau Hochschwarzwald Wahlkreis 48 Dr. Birte Könnecke

„Wir müssen die Landesregierung stärker als bisher auf das 1,5 Grad Ziel und das CO2-Budget verpflichten. Deshalb soll ein Kontrollsystem etabliert werden, das die Landesregierung auf die Klimaziele verpflichtet und eine Nichteinhaltung automatisch sanktioniert. Darüber hinaus soll jede Gesetzesinitiative und öffentliche Anschaffung auf Möglichkeiten der CO2 Reduktion überprüft werden und dennoch entstehendes CO2 kompensiert werden. Klimaschutz als Querschnittsthema muss in allem Ministerien mitgemacht werden. Insbesondere in den Bereichen Wohnen, Wärme, Energie und Mobilität muss das Land Rahmenbedingungen schaffen, damit die Klimaziele des Landes erreicht werden. Dazu zählt für uns der Ausbau der ÖPNV und das landesweite 365€ Ticket, damit klimafreundliche Mobilität auch für alle bezahlbar ist. Bei den erneuerbaren Energien hinken wir unter Grün-Schwarz noch hinter dem Bundesschnitt hinterher, deshalb müssen bis 2030 mindestens 75% des Stroms durch erneuerbare Energien erzeugt werden. Konkret müssen dazu Genehmi-

gungsverfahren vereinfacht und beschleunigt werden. Durch Förderprogramme und Kooperationen zwischen Hausbesitzern und Stadtwerken sollen Photovoltaik auf Gewerbe- und Wohngebäuden ausgebaut werden. Nach diesen Beispielen kann in vielen Teilbereichen ein wertvoller Beitrag zur Einhaltung der Klimaziele geleistet werden. Als Sozialdemokrat*innen wollen wir Klimaschutz effektiv und sozial verträglich gestalten.“

AfD Breisgau Wahlkreis 48 Rain Martina Böswald:

„Derzeit eher nichts – gerade wegen und mit Corona.

Ich kümmere mich um: sanierte Schulen und Bildung für unsere Kinder, bezahlbaren Wohnraum für unsere Bevölkerung und der Förderung von Wohnraumeigentum zum Schutz vor Altersarmut, erschwingliche Fortbewegungsmittel durch ÖPNV und Individualverkehr, Erhalt unserer Kliniken für eine gute Gesundheitsversorgung, Unterstützung unserer Landwirte zum Erhalt unserer Landschaft und Regio, Öffnung der Gaststätten und der Einzelhandelsbranche zum Erhalt unseres Mittelstandes Förderung der Kunst, Musik, Sport (insb. des Vereinssports) und Kultur als Teil der Art wie wir leben wollen, Integration von Menschen mit einem Handicap als Teil unserer Gesellschaft,“

ÖDP Breisgau Wahlkreis 48 Patrick Throm:

Hat nur zur Frage 2 geantwortet

CDU Freiburg II Wahlkreis 47 Dr. Michael Arndt:

„Die CDU steht uneingeschränkt zu den Klimazielen von Paris, Brüssel und Berlin. Sie stellen den übergeordneten Handlungsrahmen für die Landespolitik dar. Die Europäische Union und der Bund geben Baden-Württemberg keine CO₂-Budgets vor, sondern heben auf Punktziele zur CO₂-Reduktion ab. Wir konzentrieren uns auf die Einhaltung dieser Punktziele. Die nächste Wegmarke setzt das Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg mit einer Reduktion von 42 Prozent bis zum Jahr 2030 (im Vergleich zu 1990). Seit 1990 haben wir den CO₂-Ausstoß Baden-Württembergs bereits um ein Viertel reduziert. In den kommenden Jahren werden weitere Anstrengungen erforderlich sein, um die Klimaziele zu erreichen. Um diese zu erreichen, strebt die CDU eine landesweite Kampagne zum Photovoltaik-Ausbau an. Das Ziel ist ein jährlicher Zubau von 1.000 Megawatt pro Jahr in Baden-Württemberg bis 2030. Auch die Windkraft wird die CDU verantwortungsvoll und zügig ausbauen und dafür einen Klimabelang als Abwägungstatbestand im Natur- und Umweltrecht verankern. Von zentraler Bedeutung für eine CO₂-Reduktion ist außerdem der Wärmesektor. Die CDU will die Technologieführerschaft bei der Implementierung von Smart-Grid und Smart-Metering, der Vernetzung und Steuerung von Wärme-Erzeugern, Wärmespeichern, Verbrauchern und Verteilnetzen erreichen. Daneben fordert die CDU die Weiterentwicklung des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes. Auch die graue Energie im Bausektor sollte, wo möglich, durch regenerative Baustoffe ersetzt werden. Im Verkehrssektor setzt die CDU auf Elektromobilität, die Wasserstofftechnologie und synthetische Kraftstoffe (E-fuels). Um unvermeidbare CO₂-Emissionen zu kompensieren, hat die CDU die Klimaschutzstiftung Baden-Württemberg ins Leben gerufen. Damit ist Baden-Württemberg durch diese CDU-Initiative Vorreiter für ganz Deutschland. Die Klimaschutzstiftung kann und sollte der Nukleus für eine klimaneutrale Volkswirtschaft in Baden-Württemberg werden.

Als forschungs- und wirtschaftsstarkes Bundesland können und müssen wir dazu beitragen, den Klimawandel weltweit mit modernster Technologie aus Baden-Württemberg zu bekämpfen. Dieses Ziel zu erreichen ist aber kein Selbstläufer, daran müssen Bund, Land, Kommunen und Bürgerinnen und Bürger permanent arbeiten. Entscheidend wird am Ende die Reduktion des weltweiten CO₂-Ausstoßes sein. Es ist aber gleichfalls dringend notwendig, die ca. 630 Milliarden Tonnen überschüssigem CO₂ abzubauen. Hier müssen auf Basis wissenschaftlicher Analysen schnellstmöglich Technologien eingesetzt werden, die CO₂ aus der Luft entfernen. Ein herausragendes Beispiel ist die schweizerische Firma Climeworks, welche sich aus einem Forschungsprojekt an der Eidgenössische Hochschule ETH Zürich entwickelt hat (sog. Direct-air-capture-Technology). Als CDU-Landtagskandidat setzte ich mich vehement dafür ein, Freiburg zu einem Schlüsselstandort im Bereich Forschung als auch Anwendung dieser direct-air-capture-Technology zu machen.“

SPD Freiburg II Wahlkreis 47 Gabi Rolland:

„Die SPD Landtagsfraktion hat bereits im Landtag deutlich gemacht, dass das aktuelle Klimaschutzgesetz hinter den Möglichkeiten Baden-Württembergs bleibt. Deshalb haben wir es abgelehnt. Es fehlt zum Beispiel ein klares Bekenntnis zur 1,5 Grad Grenze das mit einem CO₂-Budget hinterlegt ist. Ferner war es uns zu wenig, dass nur für gewerbliche Neubauten eine Photovoltaikpflicht besteht, nicht aber für Wohngebäude. Darüber hinaus sind wir der Auffassung, dass auch Landkreise eine Pflicht zur Wärmeplanung haben sollten. In unserem Wahlprogramm haben wir uns das Ziel gesetzt bis 2023 die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien auf 75% zu erhöhen, Schattenpreise einzuführen und die Wasserstofftechnologie besser zu fördern. In diesem Wahl-

programm finden sich weitere Maßnahmen, die möglich sind – gerne nachlesen (auf unserer WEB-Seite). Wichtig für die Einhaltung der 1,5 Grad Grenze ist auch ein ambitioniertes Vorgehen im Verkehr. Die SPD will, dass jeder Ort stündlich mit dem ÖPNV angefahren wird, Tempo 30 in der geschlossenen Ortschaft, die Einführung eines landesweiten 365-Euro-Ticket für den ÖPNV sowie die Möglichkeit für Städte und Gemeinden eine einkommensabhängige Nahverkehrsabgabe für ihre Investitionen in den ÖPNV zu ermöglichen.“

Die Linke Freiburg I Wahlkreis 46 **Pascal Blank** und

Die Linke Freiburg II Wahlkreis 47 **Imke Pirch:**

„Unser Ziel ist Klimaneutralität bis 2035 und Klimagerechtigkeit! Klimaschutz ist genau wie soziale Gerechtigkeit unsere Prämisse, die in jedem Bereich unseres Lebens und somit in jeder politischen Entscheidung gewahrt werden. Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens (welche ein Minimalstandard für die Klimapolitik sein sollten) einzuhalten, ist es notwendig alle Lebensbereiche auf eine vollständige Dekarbonisierung und klimafreundliche Alternativen auszurichten. Wir setzen und dafür ein, dass alle Maßnahmen und Gesetze des Landes und der Kommunen zu konsequenterem Klimaschutz verpflichtet werden. Dazu zählen neben dem Ausstieg aus den fossilen Energien, die Stoffeinträge aus Verkehr, Landwirtschaft und Industrie zu verringern. Maßnahmen, um in diesen Bereichen Erfolge zu erzielen, sind die Einführung eines kostenfreien Nahverkehrs, sowie der flächendeckende Ausbau des ÖPNV. In der Landwirtschaft soll eine gezielte Anreizstruktur dafür sorgen, dass die Betriebe ihre Bewirtschaftung 100% ökologisch und nachhaltig umstellen. Zudem soll die regionale Produktion und Vermarktung gestärkt werden. Wir nehmen die großen Unternehmen im Energiesektor in die Pflicht, auszurichten, sodass ein Kohleausstieg bis 2030 möglich wird. Abwicklungen wie diese dürfen sich ökologisch-nachhaltig allerdings nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgeübt werden. Es müssen Weiterbildungsangebote gemacht werden, damit die Angestellten auch in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes arbeiten können. Es muss gelten: Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich statt Kündigung! Wissenschaftliche Studien belegen, dass unser Ziel der Klimaneutralität bis 2035 machbar sind, wenn der politische Wille dazu da ist und auch eine gute, nachhaltige internationale Zusammenarbeit aufgebaut wird. Klimaschutz steht für uns über Profitinteressen. Wir fördern Innovationen auf diesem Gebiet, um unserem Ziel der Klimapositivität näher zu kommen. Durch Innovationen und den Ausbau der emissionsfreien Mobilität werden neue Arbeitsplätze geschaffen. „

Bündnis 90/die Grünen Emmendingen Wahlkreis 49 **Alexander Schoch:**

„Wir machen Tempo: Mit unserem Klimaschutz-Sofortprogramm für Klimaschutz und Energiewende wollen wir dazu beitragen, dass die Ziele des Klimaschutzabkommens im Land umgesetzt werden. Wir unterstützen die Klimapolitik Europas und werden direkt nach der Regierungsbildung die Klimaziele Baden-Württembergs im Klimaschutzgesetz an die europäischen Ziele anpassen müssen und das Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept (IEKK) weiterentwickeln, damit diese Ziele für die verschiedenen Sektoren umgesetzt werden!

Mehr klimafreundliche Erneuerbare Energien: Wir werden die Pflicht für Photovoltaik-Anlagen auf neue Wohngebäude ausdehnen. Bislang gilt sie für Nicht-Wohngebäude. Wir werden prüfen, wie sich diese Pflicht auf Bestandsgebäude ausgeweitet werden können, wenn z.B. eine grundlegende Dachsanierung ansteht. Wir werden die Windkraft auf allen geeigneten Flächen ausbauen um die formulierten Ziele für die Erzeugung von regenerativer Energie zu erreichen. Wir werden alle Freiflächen, landwirtschaftlich genutzten Flächen (Agri-PV), oder auch geeignete Baggerseen prüfen, ob wir dort die Solarenergie ausbauen können. Allein Freiflächen-Photovoltaik hat ein Ausbaupotenzial von etwa 385.000 Hektar, das wir erschließen wollen. Wir werden die Ausbau- und Flächenziele für Erneuerbare Energien regionalisieren und festschreiben und somit substanzial mehr Flächen für die Nutzung durch Sonnenenergie und Windkraft bereitstellen. 28 Wahlprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg zur Landtagswahl 2021 Wir wollen Flächen an Landes- und Bundesstraßen sowie Autobahnen und Bahnlinien für Photovoltaik-Freiflächenanlagen nutzen, auch an Lärmschutzwänden. Dafür werden wir uns im Bund für eine Änderung der bislang restriktiven Abstandsregeln einsetzen. Wir werden es gezielt fördern, die Abwärme von Rechenzentren zu nutzen, um auch die Digitalisierung klimafreundlich zu gestalten. Runter mit den CO₂-Emissionen: Wir wollen einen Kohleausstieg bis 2030 und werden uns dafür weiter beim Bund einsetzen. Wir führen einen CO₂-Schattenpreis von 180 Euro für die öffentlichen Haushalte ein und prüfen, wie dieser für klimarelevante Entscheidungen von landeseigenen Unternehmen angewendet werden kann. Alle Förderprogramme des Landes werden einem Klimacheck unterzogen, um klimaschädliche Förderungen zu vermeiden. Wir wollen die kommunalen Wärmepläne – und dazu gehört auch die Kühlung im Sommer – schnell umsetzen und so die Kohlenstoffemissionen der Wärmenetze reduzieren. Wir richten ein unabhängiges wissenschaftliches Gremium ein: die Klimaweisen ähnlich den Wirtschaftsweisen. Dieses Gremium erstellt jährlich einen Klimabericht, in dem es Maßnahmen für die Politik

vorschlagen kann. Es kann auch wissenschaftliche Studien in Auftrag geben und überprüft die Maßnahmen der Landesregierung auf ihre Klimaverträglichkeit und im Hinblick auf das 1,5-Grad-Ziel und das CO₂-Budget. Bisher hat noch kein Bundesland ein verbindliches CO₂-Budget eingesetzt. Wir wollen als erstes Bundesland den CO₂-Budget-Ansatz anwenden. Dazu wollen wir Vorschläge erarbeiten, wie der Budget-Ansatz umgesetzt werden kann. 29.1. Umwelt, Energie und Klima. Wenn neue Wohngebiete in Baden-Württemberg gebaut werden, dann sollen sie klimaneutral sein. Dazu werden wir ein Förderprogramm klimaneutraler Wohngebiete für Kommunen auflegen. Wir stärken eine klimafreundliche Kreislaufwirtschaft, indem wir beispielsweise Recycling-Baustoffe wie Recycling-Beton fördern und für diese eine Quote für Neubauten des Landes einführen. Klimafreundliche Bauten sollen so lange stehen wie möglich. Für größere Bauvorhaben setzen wir uns dafür ein, dass Rückbaukonzepte mit dem Bauantrag vorgelegt werden. Wir werden eine Klimaschutzverwaltung auf allen drei Verwaltungsebenen aufbauen: auf Landesebene, in den Regierungspräsidien und in den Landkreisen. Damit implementieren wir die Belange des Klimaschutzes im Verwaltungshandeln. Wir wollen die Kommunen als wichtige Akteure stärken und prüfen, wo und in welchem Umfang Klimaschutz zur kommunalen Pflichtaufgabe gemacht werden kann. Diese Prüfung umfasst, welche Mittel den Kommunen zur Erfüllung dieser Aufgabe zur Verfügung stehen müssten, sodass kommunale Klimaschutzmaßnahmen in allen unseren Gemeinden umgesetzt werden können. Wir werden den Fuhrpark des Landes auf emissionsfreie Antriebe umstellen. Wir setzen die Klimawende in der Finanzpolitik um. Bis zum Jahr 2022 werden wir die Finanzanlagestrategie des Landes auf das 1,5-Grad-Ziel und auf die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen ausrichten und dies gesetzlich verankern. Für landeseigene Unternehmen und Unternehmen, bei denen das Land größter Anteilseigner ist, treiben wir dies ebenfalls voran. Dabei orientieren wir uns an der EU-Taxonomie für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten. Das bedeutet: Wir ziehen Gelder des Landes aus Anlagen ab, die diesen Kriterien nicht entsprechen.

Klimafreundliche Verkehrswende:

Wir wollen eine ambitionierte, klimataugliche Verkehrspolitik. Dazu haben wir für das Land ambitionierte Ziele formuliert: eine Minderung der CO₂-Emissionen im Verkehr um 40 Prozent bis 2030, die Verdopplung des öffentlichen Verkehrs, die Reduzierung der mit dem Auto zurückgelegten Strecken um ein Drittel. Jedes dritte Auto soll bis dahin klimaneutral fahren, jeder zweite Weg zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden und jede dritte Tonne im Güterverkehr klimaneutral transportiert werden. Aber wir wissen: Wir müssen noch ambitionierter handeln, um die Klimakrise einzudämmen. Wir werden daher das Klimaschutzszenario für den Verkehr aktualisieren und an die Klimavorgaben des EU-Parlaments anpassen, um schnellstmöglich vollständige Klimaneutralität zu erreichen und im Rahmen des Pariser Klimaabkommens und des 1,5-Grad-Ziels zu bleiben. Baden-Württemberg soll schnellstmöglich klimaneutral sein. Das heißt: Unsere Treibhausgas-Emissionen werden auf netto null reduziert. Dafür wollen wir unser Klimaschutzgesetz weiter anpassen und einen CO₂-Schattenpreis von 180 Euro pro Tonne Kohlendioxid für die Landesverwaltung und die öffentliche Beschaffung einführen. Dieser Schattenpreis spiegelt auch die Umweltkosten wider. Damit müssen Ministerien und Landesbehörden künftig bei allem, was sie tun, die zusätzlichen Kosten für Klimagase berücksichtigen. Die landeseigenen Betriebe und Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, sollen mit gutem Beispiel vorangehen und bis zum Jahr 2035 bilanziell klimaneutral arbeiten. Wir wollen einen Klimavorbehalt für alle Förderprogramme des Landes einführen und künftig alle Vorhaben und Gesetze auf Landesebene auf ihre Klimaverträglichkeit prüfen. „

Bündnis C, Freiburg II Wahlkreis 47 Norbert Gießler:

„Wir fordern zum Beispiel einen offenen Diskurs über die Ursache der Klimaveränderungen. Unsere Wirtschaft muss qualitativ statt quantitativ wachsen. Dadurch werden der Raubbau an der Umwelt und die Vergeudung von Ressourcen vermindert.“

SPD Emmendingen Wahlkreis 49 Sabine Wölfle:

„Das Ziel muss sein, Energie zu 10 % aus Erneuerbaren Energien zu generieren, aktuell liegen wir gerade mal bei 4,4 %. In Baden-Württemberg stagniert der Ausbau Windkraft. Um das Klimaziel zu erreichen müssen wir hier 690 MW jährlich erzeugen, aktuell sind es nur 113 MW pro Jahr, das ist viel zu wenig. Auch ist unser Anteil an Solarzellen und Photovoltaik viel zu gering. In Bezug auf Sonnenenergie brauchen wir für das 1,5 Grad Ziel 1170 MW jährlich, aktuell sind es nur 395 MW pro Jahr. Insgesamt liegt Baden-Württemberg im Ranking der Bundesländer in Bezug auf grünen Strom bei 31,5 % (Vergleich RLP 51,7, Hessen 51% usw). Es liegt also nicht am Bund, denn andere Länder schaffen es auch. Emissionsfreie Innenstädte brauchen Infrastruktur. Mehr E-Mobilität, mehr ÖPNV, dazu mehr Bäume und Grünanlagen für ein besseres Klima.“

AfD Freiburg I Wahlkreis 46 Daniel Rottmann:

„Ja zu konsequentem Umweltschutz – Nein zur Klimaideologie. Das Bewusstsein für Umweltschutz und Natur ist in den vergangenen Jahrzehnten deutlich angewachsen. Die Flüsse haben eine sehr gute Wasserqualität, Filteranlagen in unserer Industrie setzen weltweite Standards, Energieeinsparungen werden immer besser. Baden-Württemberg ist Vorbild und Trendsetter in vielen Bereichen, die dem Umweltschutz dienen. Bewusst spreche ich von Umweltschutz und nicht von Klimaschutz. Umweltschutz ist greifbarer, konkreter. Klimaschutz dagegen ist ein abstrakter Begriff eines abstrakten Themas, das sich dazu nur bedingt wirklich messen lässt. Teilweise ist „Klimaschutz“ zu einem Kampfbegriff geworden. So wird auf alternative Energien gesetzt, die grundsätzlich ihre Berechtigung haben. Es ist aber fragwürdig, wenn unsere Bürger einmal dafür zahlen, dass die Überproduktion an Windstrom ins Ausland abgegeben werden darf, und dann wieder gegen Bezahlung Atomstrom aus Frankreich importiert wird.“

Bündnis 90/die Grünen Freiburg II Wahlkreis 47 Nadyne Saint-Cast :

*„Als Stadträtin setze ich mich bereits heute mit meiner Fraktion für konsequenten Klimaschutz in Freiburg ein, beispielsweise im Verkehrsbereich. So beantragen wir aktuell 7,4 Mio. Euro mehr für die nachhaltige Mobilitätswende, die Bus, Bahn und das Fahrrad ins Zentrum rückt. Ganz konkret setze ich mich gemeinsam mit meinen Fraktionskolleg*innen dafür ein, dass mehr Personal für die Planung von Maßnahmen für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen eingestellt wird. Auch für den Ausbau der Erneuerbaren haben wir aktuell als Grüne Stadtratsfraktion noch einmal 3 Mio. Euro extra beantragt. Die nachhaltige Mobilitätswende liegt mir besonders am Herzen. Überregionale Fahrradwege und der qualitative Ausbau des ÖPNV bieten hierbei die große Chance, auch den motorisierten Pendler*innenverkehr zu reduzieren, der Freiburg und vielen anderen Städten und Gemeinden noch immer sehr zu schaffen macht aber allein kommunal nicht gelöst werden kann. Das erreichen wir durch eine Garantie für den Öffentlichen Nahverkehr: Mit uns werden alle Orte in Baden-Württemberg von fünf Uhr früh bis Mitternacht mit dem öffentlichen Nahverkehr erreichbar sein. Wir setzen dabei auf mehr Fahrten und den Ausbau von ÖPNV on demand. Auf Landesebene werde ich mich außerdem dafür einsetzen, dass Kommunen einen Mobilitätspass einführen können, um den ÖPNV ausbauen und zu günstigen Preisen anbieten zu können. Und wie bereits beschrieben kommt es auch auf das Fahrrad an. Deshalb schließen wir die bestehenden Lücken zwischen den Radwegen, Radschnellwegen und den Fahrradstraßen im Land und schaffen ein attraktives Netz für alternative Mobilität. Mit einem Klimaschutzsofortprogramm wollen wir Baden-Württemberg auf den 1,5 Grad-Pfad bringen und möglichst schnell klimaneutral machen. Dazu gehört die Ausweitung der PV-Pflicht auch auf Bestandsgebäude (bei einer umfassenden Dachsanierung), mehr Windkraft im baden-württembergischen Staatswald und die Einleitung der Wärmewende, indem Kommunen nachhaltige Wärmepläne entwickeln. Mit einem Klimawesen-Rat wollen wir die Klimaschutzpolitik regelmäßig wissenschaftlich evaluieren und auf Basis dessen weiterentwickeln. In der Landesverwaltung wollen wir einen CO₂-Schattenpreis von 130 Euro einführen und somit diese klimaneutral machen. Wir werden uns auf Landes- und Bundesebene für einen Kohleausstieg bis 230 einsetzen- nur dann kann Baden-Württemberg klimaneutral werden. In Freiburg haben wir schon wichtige Weichen für mehr Klimaschutz gestellt, wie z.B. zum den Klimacheck für Entscheidungen des Gemeinderats, die Entwicklung eines klimaneutralen neuen Wohngebiets und in der Wärmewende stecken wir mittendrin. Diesen Freiburger Schwung nehme ich mit nach Stuttgart und setze mich auch dort für konsequenten Klimaschutz auf allen Ebenen und das 1,5-Grad-Ziel ein. Als Stadträtin war und ist mir der Austausch mit Verbänden, Vereinen und Initiativen sehr wichtig. Sollte ich am 14.03. zur Landtagsabgeordneten gewählt werden, werde ich dies selbstverständlich fortsetzen und auch mit Ihnen jederzeit gerne in den Austausch treten.“*

Die Linke Breisgau Wahlkreis 48 Rolf Seifert:

„Unser Ziel ist Klimaneutralität bis 2035 und Klimagerechtigkeit! Klimaschutz ist genau wie soziale Gerechtigkeit unsere Prämisse, die in jedem Bereich unseres Lebens und somit in jeder politischen Entscheidung gewahrt werden. Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens (welche ein Minimalstandard für die Klimapolitik sein sollten) einzuhalten, ist es notwendig alle Lebensbereiche auf eine vollständige Dekarbonisierung und klimafreundliche Alternativen auszurichten. Ich setze mich dafür ein, dass alle Maßnahmen und Gesetze des Landes und der Kommunen zu konsequenterem Klimaschutz verpflichtet werden. Dazu zählen neben dem Ausstieg aus den fossilen Energien, die Stoffeinträge aus Verkehr, Landwirtschaft und Industrie zu verringern. Maßnahmen, um in diesen Bereichen Erfolge zu erzielen, sind die Einführung eines kostenfreien Nahverkehrs, sowie der flächendeckende Ausbau des ÖPNV. In der Landwirtschaft soll eine gezielte Anreizstruktur dafür sorgen, dass die Betriebe ihre Bewirtschaftung 100% ökologisch und nachhaltig umstellen. Zudem soll die regionale Produktion und Vermarktung gestärkt werden. Wir müssen die großen Unternehmen im Ener-

giesektor in die Pflicht nehmen, sich ökologisch- nachhaltig auszurichten, sodass ein Kohleausstieg bis 2030 möglich wird. Abwicklungen wie diese dürfen allerdings nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgeübt werden. Es müssen Weiterbildungsangebote gemacht werden, damit die Angestellten auch in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes arbeiten könne. Es muss gelten: Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich statt Kündigung! Wissenschaftliche Studien belegen, dass unser Ziel der Klimaneutralität bis 2035 machbar sind, wenn der politische Wille dazu da ist und auch eine gute, nachhaltige internationale Zusammenarbeit aufgebaut wird. Klimaschutz steht für uns über Profitinteressen. Deshalb fordere ich Innovationen auf diesem Gebiet, um unserem Ziel der Klimapositivität näher zu kommen. Durch Innovationen und den Ausbau der emissionsfreien Mobilität werden neue Arbeitsplätze geschaffen. „

Die Basis Freiburg II Wahlkreis 47 Sabine Kropf:

Antwort 1, gilt für alle 4 Fragen

Volt Freiburg I Wahlkreis 46 Lisa Weinfurtnner,

Volt Freiburg II Wahlkreis 47 Franz-Josef Siegemund und

Volt Emmendingen Wahlkreis 49 Robert Kehrberg:

„Gerade beim Kampf gegen den Klimawandel wird die Notwendigkeit eines gesamteuropäischen Ansatzens deutlich. Wir können und müssen zwar auch in Baden-Württemberg mehr tun, um auf Klimaneutralität hinzuwirken. Dafür brauchen wir eine Bauwende, die nachhaltiges Bauen in den Vordergrund stellt, wir brauchen mehr Forschung an Carbon-Capture und CO₂-Speichertechnologien und wir brauchen ambitionierte Ziele bei der Aufforstung und Regeneration von Wälder , und all diese Ziele wollen wir auch in der kommenden Landtagsperiode fördern. Große, wirksame und nachhaltige Schritte gegen den Klimawandel werden aber auf Europäischer und globaler Ebene gemacht werden müssen, und wir müssen in Baden-Württemberg dafür Katalysator sein statt auf regionalen und nationalen Egoismen zu bestehen. Die Energie- und Mobilitätswende muss hier und überall in Europa vorangebracht werden. Wir brauchen eine wesentlich wirksamere und breiter angelegte CO₂-Bepreisung, die Europaweit angewandt wird. Ein weltweiter Kohleausstieg muss mindestens auf 2050 unser Ziel sein. Die Benchmarks, an denen Volt diesen Fortschritt messen will, sind ebenfalls in unserem Wahlprogramm festgelegt:

> Bis 2030 muss BW aus der Kohleenergie ausgestiegen sein, und zwischen 70-85% des Stroms soll aus erneuerbaren Energien gewonnen werden.> Bis 2030 sollen muss der CO₂-Ausstoß in BW um 8ß0% gegenüber 2019 gesenkt werden.> Bis 2035 muss die Netto-Null bei den CO₂ Emissionen stehen.“

Bündnis 90/ die Grünen Freiburg I Wahlkreis 46 Daniela Evers:

„Hierfür gibt es im grünen Wahlprogramm klare Zielsetzungen:

Mehr klimafreundliche Erneuerbare Energien:

Wir werden die Pflicht für Photovoltaik-Anlagen auf neue Wohngebäude ausdehnen. Bislang gilt sie für Nicht-Wohngebäude. Wir werden diese Pflicht auch auf Bestandsgebäude ausweiten, wenn eine grundlegende Dachsanierung ansteht. Wir werden die Windkraft auf allen geeigneten Flächen im Staatswald ausbauen, ebenso in der Fläche. So könnten mindestens 1.000 neue Anlagen entstehen. Wir werden alle Freiflächen, landwirtschaftlichen Flächen und geeignete Baggerseen prüfen, ob wir dort die Solarenergie ausbauen können. Allein Freiflächen-Photovoltaik hat ein Ausbaupotenzial von 385.000 Hektar, das wir erschließen wollen. Wir werden die Flächenziele für Erneuerbare Energien regionalisieren und festschreiben und somit substanziell mehr Flächen für die Nutzung durch Sonnenenergie und Windkraft bereitstellen. Wir wollen Flächen an Landes- und Bundesstraßen sowie Autobahnen für Photovoltaik- Freiflächenanlagen nutzen, auch an Lärmschutzwänden. Dafür werden wir uns im Bund für eine Änderung der bislang restriktiven Abstandsregeln einsetzen. Wir werden es gezielt fördern, die Abwärme von Rechenzentren zu nutzen, um auch die Digitalisierung klimafreundlich zu gestalten.

Weiter runter mit den CO₂-Emissionen:

Wir wollen einen Kohleausstieg bis 2030 und werden uns dafür beim Bund einsetzen – die Gewährleistung hoher Versorgungssicherheit vorausgesetzt. Wir führen einen CO₂-Schattenpreises von 180 Euro für die öffentlichen Haushalte ein. Alle Förderprogramme des Landes werden einem Klimacheck unterzogen, um klimaschädliche Förderungen zu vermeiden. Wir wollen die kommunalen Wärmepläne schnell umsetzen und so die CO₂-Emissionen der Wärmenetze reduzieren. Wir richten ein unabhängiges wissenschaftliches Gremium ein: die Klimaweisen, ähnlich den Wirtschaftsweisen. Dieses Gremium erstellt jährlich einen Klimabericht und überprüft die Maßnahmen der Landesregierung auf ihre Klimaverträglichkeit und im Hinblick auf das 1,5-Grad Ziel. Wenn neue Wohngebiete in Baden-Württemberg gebaut werden, dann sollen sie klimaneutral sein. Dazu werden wir ein Förderprogramm „klimaneutrale Wohngebiete“ für Kommunen auflegen. Wir stärken eine

klimatefreundliche Kreislaufwirtschaft, indem wir Recycling-Beton fördern und eine Recyclingbeton-Quote für Neubauten des Landes einführen. Wir werden eine Klimaschutzverwaltung auf allen drei Verwaltungsebenen aufbauen: auf Landesebene, in den Regierungspräsidien und in den Landkreisen. Damit implementieren wir die Belange des Klimaschutzes im Verwaltungshandeln. Wir werden den Fuhrpark des Landes auf emissionsfreie Antriebe umstellen. Wir setzen die Klimawende in der Finanzpolitik um. Bis zum Jahr 2022 werden wir die Finanzanlagestrategie des Landes auf das 1,5 Grad-Ziel und auf die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen ausrichten und dies gesetzlich verankern. Das bedeutet: Wir ziehen Gelder des Landes aus Anlagen ab, die diesen Kriterien nicht entsprechen.

Klimafreundliche Verkehrswende:

Wir geben eine Garantie für den Öffentlichen Nahverkehr: Mit uns werden alle Orte in Baden-Württemberg von fünf Uhr früh bis Mitternacht mit dem öffentlichen Nahverkehr erreichbar sein. Wir setzen dabei auf mehr Fahrten und den Ausbau von ÖPNV on demand. Wir sorgen dafür, dass Kommunen einen Mobilitätspass einführen können, um den ÖPNV ausbauen und zu günstigen Preisen anbieten zu können. Wir reaktivieren Bahnstrecken: Zu möglichen Reaktivierungsstrecken haben wir zusammen mit engagierten kommunalen Initiativen einen ambitionierten Plan für das Eisenbahnland Baden-Württemberg vorgelegt. Auf das Fahrrad kommt es an. Deshalb schließen wir die bestehenden Lücken zwischen den Radwegen, Radschnellwegen und den Fahrradstraßen im Land und schaffen ein attraktives Netz für alternative Mobilität. Die Mobilitätswende elektrisiert: Der Umstieg auf klimafreundlichen Automobilverkehr gelingt mit der richtigen Infrastruktur. Dazu werden wir in Baden-Württemberg unsere Anstrengungen verdoppeln. Jede und jeder soll im Umkreis von fünf Kilometern mindestens eine Schnellladesäule finden. Auch die Wasserstofftankstellen für den Lkw-Verkehr werden wir verdoppeln.“

ÖDP Emmendingen Wahlkreis 49 Michael Kefer:

„Die Klimakrise kann nicht kurzfristig in den Fokus vor einer Wahl geraten. Hier bedarf es zuerst die klare Aussage und das Wollen, dass die Klimaneutralität 2035 erreicht werden soll. Dies ist schon ein sehr hohes Ziel, wenn man die Auswirkungen der Klimakatastrophe liest.

Folgende Punkte sehe ich hier als zwingende Handlungsfelder, die ich kurz erklären möchte.

Ökologische Verkehrswende Der Individualverkehr muss mehr eingeschränkt und Alternativen geschaffen werden (Bsp. Fahrradverkehr, Stärkung des ÖPNV, Mitfahrgelegenheiten, ...) Kein weiterer Straßenbau Der Ausbau der A5 muss gestoppt werden. Die A5 braucht ein digitales Verkehrsleitsystem für die Hauptverkehrszeiten, um den Standstreifen mitzubeneutzen. Flächenverbrauch sorgt für Klimaschädigung und Artenverlust. Verbot von innerdeutschen Flügen Innerdeutsche Flüge müssen verboten werden, da sie der größte Klimakiller sind. Stattdessen braucht es dringend eine innerdeutsche Fernzugstrategie unter Einbeziehung von Nachtzügen. Stärkung von erneuerbaren Energiequellen Erneuerbare Energien müssen mehr gefördert werden. Photovoltaikanlagen müssen auf jedes Dach, ohne Beschränkungen. Windkraft muss verstärkt werden. Ebenso Biogasanlagen, sofern sie in der Landwirtschaft nicht zu Monokulturen führen. Biologisch nachhaltige Landwirtschaft Regionalität und Saisonalität bei den Nahrungsmitteln müssen Vorrang haben. Biologischer Anbau ist zu fördern. Wirtschaftsform verändern In der Wirtschaft braucht es ein neues Denken. Nicht Wachstum über alles, sondern das Gemeinwohl muss im Mittelpunkt stehen. Daher fordern wir die Gemeinwohlökonomie als zukünftige Wirtschaftsform. Hier hat die Wirtschaft dem Menschen zu dienen und nicht der Mensch der Wirtschaft. Dabei ist ökologisches Handeln als ein oberstes Prinzip zu verstehen. „

Klimaliste BW Freiburg II Wahlkreis 47 Fabian Aisenbrey:

„Die wesentliche, abstrakteste Maßnahme ist die Einführung einer CO₂-Bepreisung, die sicherstellt, dass das verbleibende CO₂-Budget eingehalten wird. Diese Maßnahme allein ist unglaublich wichtig und gleichzeitig effizient, kann aber leider nur auf Bundesebene umgesetzt werden. Im Rahmen aller unserer Mitwirkungsmöglichkeiten auf Bundesebene werden wir uns für eine solche funktionierende CO₂-Bepreisung einsetzen. Konkreter planen wir Veränderungen in den Branchen der Energiewirtschaft, Mobilität und Gebäude+Heizen sowie in der Landwirtschaft. Diese Branchen sind gemeinsam für den überwiegenden Teil der in Baden-Württemberg anfallenden Emissionen verantwortlich. Zur Energie: Wir wollen die Energiewende. Dazu planen wir ein Ende der fossilen Stromerzeugung bis 2025, einen konsequenten Ausbau erneuerbaren Energien (Wind + Solar) und dazugehöriger Speicher- und Transportkapazitäten. Durch Sektorkopplung kann diese treibhausgasneutral bereitgestellte Energie dann auch in anderen Sektoren eingesetzt werden, sodass diese auch klimaneutral werden können. Bei der Mobilität wollen wir ganz klar die Verkehrswende. Das bedeutet ein Wechsel weg vom motorisierten Individualverkehr hin zu einem gut ausgebauten, dicht getakteten, sauberen, sicheren und preiswerten öffentlichen Personenverkehr sowie einem sicheren und gut vernetzten Rad- und Fußverkehr. Der

verbleibende Anteil an motorisierter Individualverkehr, den es vor allem in sehr dünn besiedelten Bereichen geben wird, muss vollständig auf batterieelektrische Autos umgestellt werden. Innenstädte sind ein Ort des Lebens und nicht der Emissionen: Daher fordern wir eine Innenstadtmaut und Tempo 30 innerorts, um Emissionen in (Innen-)Städte möglichst schnell auf Null zu bekommen. So können die seit Jahren stagnierenden, wenn nicht steigenden, Emissionen des Verkehrssektors schnell genug gesenkt werden, um das 1.5°-konforme Budget noch einzuhalten. Bei Gebäude und Heizen wollen wir weg von fossilen Heizungen, die einen großen Teil des privaten Energieverbrauchs ausmachen und entsprechend schlecht in der Klimabilanz ausfallen, hin zu Heizungen auf Basis erneuerbarer Energien, wie etwa Wärmepumpen und Stromdirektheizungen. Zusammen mit effektiver Dämmung muss dieser Wandel durch Bürokratieabbau und finanzielle Förderung entschieden beschleunigt werden.“